

Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung der Bürgerschaft am 02.03.2017

**Zu TOP : 9.1
zur Wasserschutzpolizei Stralsund
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund
Vorlage: AN 0010/2017**

Herr Phillipen erläutert seinen Antrag, in dem der Oberbürgermeister gebeten wird, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Dienststelle der Wasserschutzpolizei auch weiterhin 24 Stunden am Tag besetzt bleibt.

Herr Phillipen bittet um Unterstützung für seinen Antrag.

Frau von Allwörden erklärt, dass es sich bei der Wasserschutzpolizei um eine Sondereinheit der Schutzpolizei handelt, welche Schwerpunktdienste versieht. Eine rundum die Uhr Besetzung der Dienststelle bindet Ressourcen, wodurch verhindert wird, dass diese effektiv genutzt werden. Sie weist darauf hin, dass der gesamte berufliche Schiffsverkehr am Tage abgewickelt wird und die Freizeitskipper sich spätestens um 22:00 Uhr im Hafen befinden. Die Koordinierung der Einsätze erfolgt durch die Leitstelle in Neubrandenburg. Die Zeit in der die Dienststelle in Stralsund unbesetzt ist wird durch eine Rufbereitschaft abgesichert so dass, immer ein Bootsteam verfügbar ist.

Entsprechend bringt Frau von Allwörden einen Änderungsantrag ein und bittet ihrerseits um Zustimmung.

Nach Diskussion über den vorliegenden Anträge mit Wortmeldungen von Herrn van Slooten, Frau von Allwörden, Herrn Hofmann und Herrn Dr. von Bosse stellt Frau Kindler den Geschäftsordnungsantrag auf Verweis der Thematik in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung. Dem Ansinnen kann Herr Jungnickel für die Fraktion Linke offene Liste folgen.

Herr Paul stellt den Antrag auf Verweisung der Angelegenheit in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zur Abstimmung.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Herr Paul stellt den Änderungsantrag AN 0037/2017 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Beschlusstext der Vorlage AN 0010/2017 wird durch folgenden Text ersetzt:
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gegenüber der Landesregierung MV dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Personalstärkung der Landespolizei die Inspektion der Wasserschutzpolizei Stralsund aufgaben- und bedarfsgerecht berücksichtigt wird.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2017-VI-02-0549

Der Präsident stellt abschließend den Antrag AN 0010/2017 in der geänderten Fassung wie folgt zur Abstimmung:

Pause von 18.00 Uhr bis 18:30 Uhr

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt einschließlich des Beschlusses 2017-VI-02-0549:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gegenüber der Landesregierung MV dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Personalstärkung der Landespolizei die Inspektion der Wasserschutzpolizei Stralsund aufgaben- und bedarfsgerecht berücksichtigt wird.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2017-VI-02-0550

für die Richtigkeit der Angaben: gez. Kuhn

Stralsund, 13.03.2017

**Auszug aus der Niederschrift
über die 02. Sitzung der Bürgerschaft am 02.03.2017**

Zu TOP :

Änderungsantrag zur Vorlage AN 0010/2017 zur Wasserschutzpolizei Stralsund

Einreicherin: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0037/2017

Beschluss-Nr.: 2017-VI-02-0549

für die Richtigkeit der Angaben: gez. Kuhn

Stralsund, 13.03.2017